

Fragenkatalog des Netzwerks Existenzsicherung zur Stadtratswahl 2024

Inhalt:

Einleitung / Selbstverständnis des Netzwerks für Existenzsicherung

1. Was ist Ihr wichtigstes sozialpolitisches Ziel für die Stadtratsperiode 2024-2029 und wie gedenken Sie, dieses Ziel zu erreichen? S. 3 – 6
2. Wie will sich Ihre Partei für eine bedarfsdeckende Schaffung von Sozialwohnungen in der nächsten Legislaturperiode im Dresdner Stadtrat einsetzen? S. 7 – 11
3. Wird es mit Ihrer Partei weiterhin Fahrkarten zum Sozialtarif bei den Dresdner Verkehrsbetrieben und das ermäßigte Deutschlandticket für Menschen mit geringem Einkommen geben? S. 12 – 13
4. Wie will Ihre Partei eine bedarfsgerechte Betreuung für geflüchtete Menschen sicherstellen? S. 14 – 16
5. Wird Ihre Partei das Netz an Unterstützungsangeboten für Menschen ohne Erwerbstätigkeit weiter fördern und ausbauen? S. 17 – 19

Einleitung

Am 09.06.2024 wählen die Dresdnerinnen und Dresdner den Stadtrat, der ihre Interessen in den kommenden fünf Jahren vertreten soll.

Das Netzwerk Existenzsicherung und Menschenwürde hat dies zum Anlass genommen, Parteien und Wählervereinigungen nach ihren sozialpolitischen Standpunkten und Zielen zu befragen. Fachkräfte aus verschiedenen sozialen Einrichtungen Dresdens haben einen Fragenkatalog erarbeitet. Aus ihrer täglichen Arbeit sind sie mit den Themen vertraut, die Menschen bewegen, die auf existenzsichernde Leistungen angewiesen sind: bezahlbares Wohnen, soziale und kulturelle Teilhabe (z.B. Sozialticket / Dresden-Pass), Integration von Geflüchteten usw.

Damit Sie diese Themen in Ihre Wahlentscheidung einbeziehen können, werden die Antworten der Parteien und Wählervereinigungen im Folgenden unverändert und ungekürzt wiedergegeben.

Die Reihenfolge richtet sich danach, wann die Antworten beim Netzwerk Existenzsicherung und Menschenwürde eingegangen sind. Keine Antworten auf unseren Fragenkatalog eingereicht haben: Team Zastrow / Bündnis Sachsen 24, FREIE WÄHLER Dresden e.V., das Bündnis Freie Bürger Dresden e.V. und das Bündnis Sahara Wagenknecht.

Selbstverständnis des Netzwerks Existenzsicherung und Menschenwürde

Im Netzwerk Existenzsicherung und Menschenwürde, welches sich 2013 in Dresden gegründet hat, kooperieren derzeit etwa 50 soziale Einrichtungen verschiedener Trägerschaft (u.a. Beratungsstellen, Jugendhilfe-Einrichtungen, Initiativen). Gemeinsam ist allen Teilnehmenden, dass sie in ihrer täglichen Arbeit mit Bürgerinnen und Bürgern der Landeshauptstadt Dresden zu tun haben, die aufgrund ihrer Lebenssituation gegenwärtig auf existenzsichernde Leistungen (z.B. nach dem SGB II / XII oder dem Asylbewerberleistungsgesetz) angewiesen sind.

Das Netzwerk hat sich gegründet, um miteinander enger zusammenzuarbeiten sowie Informationen und Erfahrungen auszutauschen. Darüber hinaus möchte das Netzwerk Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Leistungen zur Existenzsicherung zusammentragen, darauf gemeinsam aufmerksam machen und in Kooperation mit den Leistungsträgern konstruktive Veränderungsvorschläge erarbeiten. Vorhandene Armut und daraus resultierende Benachteiligungen für Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Dresden sollen durch die Arbeit des Netzwerkes sichtbar werden, den Interessen einkommensschwacher Haushalte soll Gehör verschafft werden.

Das Netzwerk bekennt sich zu den Werten des Grundgesetzes, insbesondere Bezug nehmend auf Art. 3 Abs. 3 („Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“) und sieht Verschiedenheit als Chance auf Entwicklung in unserer Gesellschaft.

1. Was ist Ihr wichtigstes sozialpolitisches Ziel für die Stadtratsperiode 2024-2029 und wie gedenken Sie, dieses Ziel zu erreichen?

Die Linke: Das wichtigste Ziel für uns als Linke ist die Sicherung und der Ausbau der sozialen Infrastruktur, worunter wir soziale Dienstleistungen und auch Sozialwohnungen fassen. Hierauf werden wir in den Haushaltsverhandlungen – wie bereits in den letzten Jahren auch – die höchste Priorität legen, um die Mittel zu erhöhen und den Bedarf decken zu können. Neben der Sicherung der finanziellen Mittel werden wir mit Anträgen darauf hinarbeiten, dass die kommunale Wohnungsgesellschaft Wohnungen bauen kann und dass Angebote sozialer Dienstleistungen in der Stadt an neue Bedarfe angepasst werden können.

CDU: Deutschland sieht unsicheren ökonomischen Zeiten entgegen. Auch wenn unsere Stadt vergleichsweise gut aufgestellt ist, werden wirtschaftliche Verwerfungen auch an Dresden nicht spurlos vorübergehen. Unser wichtigstes Ziel muss es daher sein, uns so zu wappnen, dass wir auch in Zukunft denen Hilfe zuteil kommen lassen können, die diese Hilfe am dringendsten brauchen. Gleichzeitig müssen wir die sich verstärkende Krise am Wohnungsmarkt lösen. Auch wenn dabei zuerst die Bundesregierung in der Pflicht ist, müssen wir die kommunalen Einflussmöglichkeiten, die wir haben, auch konsequent nutzen.

Volt: Volt versteht sich als sozialliberales Projekt zur Förderung der Demokratie und Menschlichkeit in ganz Europa und setzt sich auf vielen Ebenen für existenzielle Bedürfnisse ein. Unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, Status oder körperlichen Einschränkungen wollen wir Menschen zur Teilhabe am politischen Diskurs ermutigen und bestärken.

Unser wichtigstes sozialpolitisches Ziel für Dresden ist eine Kommunalpolitik für ein **Inklusive Nachbarschaft**. Dafür möchten wir in Dresden wichtige Eckpfeiler in den Themenbereichen sozial gerechte Wohn- und Energiepolitik, Barrierearmes Leben und Teilhabe, Migration und Ankommen in Dresden (Willkommenskultur), Gleichberechtigung, Konflikt- und Extremismusprävention sowie Gesundheitsförderung und kommunale Unterstützung in der Pflege einschlagen.

Unser Ziel ist es, einen innovativen Weg aufzuzeigen, um das Angebot an bezahlbaren Wohnungen nachhaltig zu vergrößern. Eine wichtige Maßnahme sind kommunale Anleihen zur Finanzierung städtischen Neubaus.

(Erklärung: Der Rückkauf und der Bau städtischer Wohnungen ist generell sehr teuer. Einerseits möchten wir gesunde städtische Finanzen erzielen, andererseits den Wohnungsmarkt wirkungsvoll entlasten. Zur Finanzierung städtischen Wohnungsbestandes schlagen wir deshalb vor, eine städtische Wohnungsanleihe aufzulegen. Diese Anleihe kann von institutionellen Investor*innen (z.B. Versicherungen, Stiftungen, Versorgungswerken) oder privaten Bürger*innen erworben werden.

Auf dem Kapitalmarkt besteht, bedingt durch fehlende Zinsen, eine hohe Nachfrage nach risikoarmen Anlageformen. Aktuell wird diese nicht bedient, da gerade Staatsanleihen der Bundesrepublik Deutschland keine Zinsen abwerfen. Daher „sucht viel Geld nach einem sicheren Hafen“.

Der Vorteil einer Kommune: Sie verfügt mittelbar über ein Angebot an idealer Bonität; das heißt, sie ist als Schuldnerin ähnlich attraktiv wie die oben genannte Bundesrepublik. Diese Vorteile bringen wir zusammen und gründen eine Zweckgesellschaft, deren Eigentümerin die Stadt Dresden ist. Die Zweckgesellschaft wird dadurch unschlagbar günstig am Kapitalmarkt

Gelder aufnehmen und mit diesem bezahlbaren Wohnraum schaffen können. Selbst bei den angepeilten sozialverträglichen Mieten wird noch eine Gewinnspanne einkalkulierbar sein, welche die Zinskosten des Kapitalmarktes deckt. Der größte Vorteil ist:

Die Zweckgesellschaft bietet langfristige Anleihen (ca. 10-30 Jahre Laufzeit), um damit Planungssicherheit für Investor*innen und für den Bau von sozialem Wohnraum im größeren Rahmen zu haben. Mit diesem Mechanismus bringen wir nicht nur Angebot und Nachfrage zusammen, sondern bringen Dresden vor allem auf den Weg zu einem sozialverträglichen, lebenswerten Wohnungsmarkt.)

PIRATEN: Unser wichtigstes sozialpolitisches Ziel ist, in Stadtpolitik und Gesellschaft zu verankern, dass soziale Politik kein lästiges Anhängsel, sondern vielmehr Grundpfeiler unserer Gesellschaft ist. Das stetige Streben nach Chancengerechtigkeit, Teilhabe und angstfreiem Leben sind essenzielle Zutaten zu einer gesunden Stadtgesellschaft. Konkret auf die Dresdner Stadtpolitik bezogen, sind unsere Schwerpunkte hierbei:

- 1) Inklusives und soziales Wohnen - z.B. Sozialbauquote wieder erhöhen, kommunalen Wohnungsbau und barrierearmes Wohnen fördern
- 2) Nachhaltige Stadtentwicklung - z.B. Dezentralität fördern, kommunikativer Stadtraum statt Asphalttrassen, öffentlicher Service stärken (freie Toiletten, WLAN etc.)
- 3) Kultur & Freizeit - z.B. Förderung von Street-Art und alternativer Kunst, niedrigschwellige Angebote in ganz Dresden, kostenfreier Eintritt in Museen, Freiräume schaffen
- 4) ÖPNV - z.B. DVB-Sozialticket, Hinwirken auf ein 0-Euro-Ticket, Netzausbau, kein Freiheitsentzug für Schwarzfahrende
- 5) Bürgergeld - in Dresden so sanktionsfrei wie nur möglich, unser Ziel ist Dresden als Modellkommune für ein bedingungsloses Grundeinkommen
- 6) Asyl & Migration - z.B. Dezentrale Unterbringung von Geflüchteten, Dresden als Sicherer Hafen, Existenz- und Grundsicherung)

Soziale Träger: z.B. Mehrjährige Förderung, endlich angemessene Beachtung im Haushalt, soziale Arbeit ist mehr als die Erfüllung der Pflichtaufgaben

Menschen sind soziale Wesen - deswegen betreffen fast alle Entscheidungen, die wir in der Politik treffen, auch immer die Sozialpolitik. Die Entscheidung, keinen Hypermarkt Globus am Leipziger Bahnhof zu bauen, sondern dezentrale Stadteile zu fördern, ist Sozialpolitik. Denn das fördert nicht nur die Kommune und lokale Geschäfte; es bedeutet, dass auch Menschen, die sich kein Auto leisten können oder körperlich nicht (mehr) in der Lage sind, große Strecken zu absolvieren oder große Wocheneinkäufe schleppen können, stattdessen bei sich lokal die Möglichkeit haben, schnell und einfach Dinge des täglichen Bedarfs erledigen zu können. Das ist nur ein Beispiel von vielen, warum die PIRATEN Dresden bei der Sozialpolitik einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen, der sich dementsprechend auch durch unser gesamtes Tun und unsere gesamten Forderungen zieht.

Die PARTEI: Wie bei (fast) allen Themen sind die Möglichkeiten der Kommunalpolitik eng begrenzt. Die Stadt hat oft nur die Wahl, wie sie etwas von Bund und Land vorgegebenes umsetzt. Diese Umsetzung wird dann, indem man es als „laufendes Geschäft der Verwaltung“ einordnet, der Kontrolle des Stadtrats entzogen.

Was das bedeuten kann, sei am Beispiel des Wohngelds erzählt:

Laut Sozialbürgermeisterin braucht ein ausgebildeter Fachangestellter der Verwaltung 3 Arbeitsstunden, um einen (1) Wohngeldantrag zu bearbeiten. Das liegt an dem weitestgehend selbsterdachten, überbordenden bürokratischen Anforderungen und zu erbringenden Nachweisen. Dies führt nicht nur dazu, dass man 3 bis 9 Monate in seinen

prekären Lebensumständen auf einen Bescheid bzw. die Unterstützung wartet, sondern auch zu den Fragen, was zur Hölle daran so schwierig ist, den simplen Abgleich von Einkommen und Miete durchzuführen und wie lange ein normaler Mensch, der nicht in den Genuss einer jahrelangen Ausbildung in Formularbedienung kam, braucht, um diesen bürokratischen Wahnsinn zu meistern. Stadtratsbeschlüsse, wie z.B. das Wohngeld als anteiligen Vorschuss zu bewilligen, werden von der Verwaltung ignoriert. Bürgern, die danach fragen, wird gesagt, das gäbe es nicht.

An diesem Beispiel wird klar, was zu tun ist:

Die PARTEI wird weite Teile der Dresdner Verwaltung durch ChatGPT ersetzen. Für so simple Rechenaufgaben wurde der smarte Taschenrechner schließlich erfunden. Selbstverständlich wird ChatGPT auch das Formular für den Antragsteller ausfüllen.

Für die frei werdenden Verwaltungsfachangestellten finden sich bestimmt zahlreiche Aufgaben, die nicht durch eine minderbemittelte KI besser erledigt werden können.

AfD: Die steigenden Lebenshaltungskosten in Folge der energiepreis-induzierten Inflation treffen insbesondere Familien, Berufstätige mit geringen Einkommen und unsere Senioren. Unser wichtigstes Ziel ist es in der kommenden Legislatur insbesondere für diese Gruppen zum einen spürbare Entlastungen zu schaffen, u.a. durch Senkung der Elternbeiträge bei Kita, Hort und Essensgeld, Senkung von Gebühren und Abgaben, Entlastung bei den Nebenkosten (Finanzierung durch Einsparungen im Haushalt, insbesondere bei teuren Ideologieprojekten) und zum anderen durch die Verbesserung von Rahmenbedingungen, u.a. die Förderung von familien- und seniorengerechtem Wohnraum und Verbesserung der Betreuung und Beratung.

SPD: Als SPD haben wir ganz Dresden im Blick. Das bedeutet, ganz bewusst den Fokus auf den einzelnen Menschen zu legen, egal in welchem Stadtteil er wohnt oder in welcher Lebenslage er ist. Unser Ziel ist eine soziale Stadt, die allen Menschen bedarfsgerechte Angebote macht und sie so zu einem selbstbestimmten und unabhängigen Leben befähigt-unabhängig von Einkommen, Alter, Herkunft, Geschlecht, Religion und sexueller Orientierung. Unser Blick ist auf ein gutes Zusammenleben in den Stadtteil und den gesellschaftlichen Zusammenhalt gerichtet. Daher kann es nicht die eine, besonders wichtige sozialpolitische Maßnahme geben. Wir wollen auf dem Erreichten der letzten Jahre aufbauen- beispielsweise dem Ausbau der Straßensozialarbeit, einer medizinischen Sprechstunde für wohnungslose Menschen, der Ombudsstelle im Jobcenter oder die bessere finanzielle Ausstattung von Angeboten für ältere Menschen. Dabei haben wir stets dafür gekämpft, dass die sozialen Angebote weiter finanziert werden.

Um unser Ziel zu erreichen werden wir u.a.:

- die sozialen Angebote unserer Stadt stärker an den Bedürfnissen in den Stadtteilen orientieren. Statt einer Differenzierung nach Zielgruppen (bspw. Erwerbslose, Senior:innen, Wohnungslose) schaffen wir durch eine sozialräumliche Sozialplanung in unmittelbarer Nachbarschaft der Menschen die Angebote, die im jeweiligen Stadtteil gebraucht werden. Das schafft kürzere Wege für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch Synergien für die Träger. Und es ermöglicht zusätzliche Begegnungsräume im Stadtteil.
- eine Antwort auf die Bedürfnisse der Stadtteile aus einer Hand geben. So werden wir dafür sorgen, dass junge Menschen verstärkt Angebote der Jugendhilfe, des Sports, der sozialen Beratung, der kulturellen Bildung, der Freizeitgestaltung usw. bekommen. Die einzelnen Instrumente dafür hat die Stadt in der Hand und wir

werden sie konzeptionell zusammenfügen und dafür sorgen, dass entsprechende Angebote auch die älteren bis hin zur ganz alten Generation erreichen.

- die Ausfinanzierung der Träger von sozialen Einrichtungen fortsetzen und auch künftig mit dem Ausgleich der Inflation und von Tarifsteigerungen die Angebote sichern. Für mehr Planungssicherheit werden wir die personelle Grundausstattung der freien Träger über eine fünfjährige Förderung ermöglichen.

Dissident:innen: Wichtigste sozialpolitische Ziele sind, erstens die WID vor ihrer Zerschlagung zu bewahren und auszubauen sowie zweitens der Aufbau von Gemeinschaftshäusern in den Stadtteilen. Hier sollen sozialräumlich Beratungs- und Unterstützungsleistungen aus einer Hand angeboten werden. Wir wollen die Teilhabe von Menschen mit Behinderung voranbringen.

Zudem wollen wir die gesamte Stadtpolitik am "Bruttokommunalglück" orientieren, unser Wahlprogramm:

"Das Bruttokommunalglück ergibt sich aus einer intakten und lebenswerten Umwelt, kultureller Vielfalt, dichten sozialen, aber repressionsfreien Beziehungen zwischen den Menschen sowie ihrer körperlichen und seelischen Gesundheit. Mit einer regelmäßigen Erfassung und Analyse sollen politische Entscheidungen und Mittel daran ausgerichtet werden, was das Wohlbefinden und die Zufriedenheit der Menschen dauerhaft steigert."

FDP: Wir wollen durch den Abbau unnötiger Bürokratie die Zugangsschwellen zu sozialen Leistungen und Angeboten abbauen. Die Vorteile der Digitalisierung und moderner Organisationsplanung haben lange Zeit nicht dazu geführt, den Aufwand für die Betroffenen zu vermindern, sondern im Gegenteil ein mehr an Vorschriften und Auflagen geschaffen. Durch die Verschlinkung der Bürokratie werden zudem Arbeitskräfte in der Verwaltung freigesetzt, die stattdessen für die Betreuung und Beratung der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt werden können.

Grüne: Oberstes Ziel unserer Sozialpolitik ist die Ermöglichung gleicher Lebenschancen für alle. Wir wollen Diskriminierungen beenden und Benachteiligungen ausgleichen. Dafür setzen wir für Ausbau von Hilfestrukturen vor Ort in den Quartieren, indem wir Ehrenamtliche in den Kultur- und Nachbarschaftszentren besser fördern und koordinieren. Wir wollen Angebote wie die aufsuchende Jugendarbeit stärken, den sozial-psychiatrischen Dienst ausbauen und soziale Beratungsangebote interkulturell öffnen und deren Erreichbarkeit niedrigschwellig verbessern. 2. In Dresden besteht ein Bedarf an Sozialwohnungen für weitere 17.000 Wohnungen (SZ 25.01.2024).

Die Belegungsrechte der Stadt Dresden bei der VONOVIA für ca. 10.000 Wohnungen laufen 2036 aus. Die WID verfügte Ende 2023 über 510 neu gebaute Wohnungen. Dazu rechnen kann man die 1213 Wohnungen, die die Stadt der VONOVIA abkaufen wird, was allerdings nicht ansatzweise reichen wird, um den enormen Bedarf an Sozialwohnungen zu decken.

2. In Dresden besteht ein Bedarf an Sozialwohnungen für weitere 17.000 Wohnungen (SZ 25.01.2024). Die Belegungsrechte der Stadt Dresden bei der VONOVIA für ca. 10.000 Wohnungen laufen 2036 aus. Die WID verfügte Ende 2023 über 510 neu gebaute Wohnungen. Dazu rechnen kann man die 1213 Wohnungen, die die Stadt der VONOVIA abkaufen wird, was allerdings nicht ansatzweise reichen wird, um den enormen Bedarf an Sozialwohnungen zu decken.

Wie will sich Ihre Partei für eine bedarfsdeckende Schaffung von Sozialwohnungen in der nächsten Legislaturperiode im Dresdner Stadtrat einsetzen?

Die Linke: Nur mithilfe der LINKEN ist es überhaupt gelungen im Jahr 2017 eine neue kommunale Wohnungsgesellschaft zu gründen. Wir halten diese Gründung nach wie vor für einen wichtigen Erfolg und dringend notwendig. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sie ihren Zweck erfüllen kann: Sozialwohnungen bauen und Wohnungen zu günstigen Mieten anbieten. Aber es ist klar, dass Neubau allein nicht reichen wird, um den Bedarf an Sozialwohnungen zu decken. Daher setzen wir uns dafür ein, dass in allen Bauprojekten ein Anteil an Sozialwohnungen geschaffen wird – auch von privaten Bauträgern. Wir werden zudem nicht lockerlassen und den Bund und das Land in die Pflicht nehmen, um endlich den Kommunen mehr Mittel und Möglichkeiten an die Hand zu geben, sozialen Wohnraum zu schaffen und zu halten. Alle wohnungspolitischen Instrumente die einen kostensenkenden Effekt auf die Mietpreise haben müssen in Dresden angewendet werden. Denn auch der Mietenanstieg jenseits der Sozialwohnungen muss endlich gestoppt werden. Wir als Linke werden hier stets am Ball bleiben.

CDU: Durch geänderte Rahmenbedingungen, auf die Dresden leider keinen Einfluss hat, ist im Moment der Geschosswohnungsneubau fast völlig zum Erliegen gekommen. Hier muss auf Seiten des Bundes und auch des Freistaats dringend gegengesteuert werden. Fakt ist, dass wir selbst unter idealen Bedingungen mit der WID allein nicht in der Lage sein werden, alle benötigten Sozialwohnungen selbst zu errichten. Hierzu bedarf es der vertrauensvollen Kooperation mit Großvermietern, Genossenschaften und der privaten Wohnungswirtschaft.

Volt: Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Dresden zeigt deutlich: Der Markt regelt das nicht. Dresden muss mit den Mitteln des Marktes zur Vermieterin der Stadt werden. Volt setzt sich deswegen für folgende Maßnahmen ein, die Verfügbarkeit von vorhandenem Wohnraum, Kapital für Neubau sowie inklusiven und nachhaltigen Wohnraum fördern sollen:

- **Städtische Wohnungsanleihen einführen:** In der Vergangenheit hat sich diese Anlageform bereits als krisensicher und zweckmäßig erwiesen. Die Stadt kann sich so frisches, für den lokalen Wohnungsbau zweckgebundenes Kapital über den Finanzmarkt besorgen. Die Anleihen dienen dazu, den städtischen Wohnungsbestand in Dresden auszubauen, zu pflegen und zu finanzieren.

- Erhöhung der **Sozialwohnungsbauquote** allgemein auf 30%

- Zweckentfremdung unterbinden- Zweckentfremdungsgesetz konsequent anwenden.

Ausweitung der Grundsteuer C, um Leerstand effektiv zu besteuern.

- Ausweitung und konsequente **Durchsetzung des Milieuschutzsatzes:** Dadurch konnten in den letzten Jahren bereits viele Wohnungen zurückgewonnen werden. In den Gebieten, die unter den Milieuschutz fallen, kann die Genehmigung für Modernisierungen, Umbauten und Nutzungsänderungen versagt werden, wenn eine Gefährdung der vorhandenen sozialen Bevölkerungsstruktur besteht.

- Förderung **inklusive und nachhaltiger Wohnprojekte sowie Genossenschaften**

● **Sozialwohnungen dezentral planen**, Anreize für die Bauindustrie schaffen. Wir wollen Sozialwohnungen gleichmäßig über das Stadtgebiet und auch innerhalb von Neubauprojekten verteilen. Soziale Brennpunkte sollen abgebaut und elitäre Quartiere verstärkt eingebunden werden. Ebenso wollen wir moderne Planungsansätze, wie "Building Information Modelling", verstärkt in den Behörden einsetzen.

● Die Dresdner **Wohnungsgesellschaft WiD** soll ausgebaut und gefördert werden.

Wie in anderen Bereichen orientieren wir uns auch wohnungspolitisch an guten Beispielen innerhalb Europas und versuchen diese lokal umzusetzen. Ein Beispiel ist dabei Wien: Der soziale Wohnungsbau in Wien hat bereits eine langjährige Tradition. Er funktioniert, weil er breiten Bevölkerungsschichten zugänglich ist, hunderttausende Wohnungen umfasst und die Kosten von der Gemeinschaft bereitwillig getragen werden. In allen Wiener Gemeindewohnungen kostet die Miete 5,80€ pro Quadratmeter, dazu kommen nur noch die Betriebskosten und 10% Steuern. 62% der Wiener*innen wohnen in einer dieser Wohnungen mit gedeckelten Mieten. Das wirkt sich auf den gesamten Mietmarkt aus und drückt die Preise nach unten. Die Wohnbauförderung kostet zwar jährlich 600 Millionen Euro, dies ist jedoch in Wien gesellschaftlich sehr stark akzeptiert. Das Besondere ist, dass in den Gemeindebauten Menschen unterschiedlicher sozialer Strukturen leben. Das hängt damit zusammen, dass circa

75 Prozent der Wiener*innen die Grundvoraussetzungen für eine städtische Wohnung erfüllen. Es gibt zum Beispiel eine Einkommensobergrenze von 44.000 Euro netto für eine Einzelperson. Im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Großstädten hat Wien seinen Wohnungsbestand im Laufe der Jahre behalten und nicht verkauft. Deshalb ist das Wien-Modell nicht eins zu eins auf andere Städte wie Dresden zu übertragen.

<https://www.deutschlandfunk.de/sozialer-wohnungsbau-warum-wiener-guenstig-wohnen-100.html>

PIRATEN: Wesentliche Stellschrauben - die wir PIRATEN Dresden als essenziell betrachten - führen zur Schaffung von neuem, bezahlbarem Wohnraum:

- 1) Die Wiedereinführung einer Sozialbauquote von 30% im Kooperativen Baulandmodell;
- 2) Der Wiedereinstieg in den kommunalen Wohnungsbau;
- 3) Die Bereitstellung von kommunalem Bauland an (soziale) Wohngenossenschaften und Baugemeinschaften über Erbpacht. Flankierend hierzu ist eine zügige Erstellung und Beschlussfassung von Bebauungsplänen vorzunehmen, damit Investoren und die kommunale Hand Planungssicherheit bekommen und verzugsbedingte Mehrkosten vermieden werden;
- 4) Die Förderung und Umsetzung von alternativen Wohnformen (z.B. Wächterhäuser, Wagenplätze, Wohninitiativen, Genossenschaften und Miethausyndikate).

Die von der Vonovia übernommenen Baugrundstücke müssen zügig entwickelt werden. Dies zum einen durch die WiD - zum anderen aber auch durch (soziale) Wohngenossenschaften und Baugemeinschaften. Wichtig bei der Entwicklung ist, dass keine monothematischen 'Schlafblöcke' entstehen, sondern dass vielmehr vielfältige Wohnquartiere mit einem ausgewogenen Anteil von kleinem Einzelhandel, Gewerbe sowie sozialer und kultureller Infrastruktur entstehen.

Es rächt sich nun bitter, dass in Deutschland der soziale Wohnungsbau in den letzten Jahrzehnten vernachlässigt, Wohnungsabriss subventioniert und die Dresdner WoBa verkauft wurde. In dieser Situation machen nun die steigenden Baupreise höhere Zuschüsse von Bund und Land für neuen sozialen Wohnungsbau notwendig. Dresden muss aktiv durch die Bereitstellung von Bauland (wie z.B. durch den Vonovia-Deal) als auch durch eigene Zuschüsse den sozialen Wohnungsbau ermöglichen. Diese Investitionen sind sehr gut

angelegt, will man nicht in zehn Jahren nach Auslaufen der Sozialbindung bei der Vonovia die notwendigen Sozialbaukapazitäten - zu enormen Kosten - auf dem freien Markt anmieten müssen.

Was die monetären Mittel für weiteren Erwerb von kommunalem Wohnraum angeht, so werden die Karten durch die Kommunalwahl neu gemischt. Die Entscheidung, ob weitere Finanzmittel für den Ankauf zur Verfügung stehen, wird im Herbst 2024 bei den Verhandlungen zum neuen Haushalt entschieden. CDU/FDP haben bereits einmal eine WoBa verkauft und die AfD fordert offen in ihrem Wahlprogramm die 'Abwicklung' der städtischen Wohnungsgesellschaft. Wir PIRATEN werden uns mit aller Kraft gegen jeglichen Verkauf und für eine deutliche Stärkung der WiD aussprechen!

Die PARTEI: Bis zur obligatorischen Enteignung der Vonovia, wäre eine Nachverhandlung der Belegungsrechte ein erster Schritt. Nur weil man mal einen beschissenen Deal gemacht hat, heißt das nicht, das man auf ewig daran gebunden ist. Wir reden immerhin über das Gemeinwohl.

Der Aufbau der städtischen WiD ist gut und notwendig, aber alle Behauptungen, das könne die Dresdner Sozialwohnungsprobleme in absehbarer Zeit auch nur ansatzweise lösen, sind gelogen.

Die vom asozialen FDP-OB und den Rechten im Stadtrat beschlossene Absenkung der Sozialquote (kooperatives Baulandmodell) wird zurückgenommen und auf 50% angehoben, bis sich die Lage entspannt hat.

Des Weiteren wird Die PARTEI die Erhebung des Mietspiegels so anpassen, dass er nicht länger als Mieterhöhungsinstrument missbraucht wird.

AfD: Die weitere Einlage von bebaubaren Grundstücken in die WiD verhindert deren zeitnahe Bebauung. Wir lehnen die Neueinlage so lange ab, bis die derzeit bei der WiD bereits eingelegten Grundstücke vollständig bebaut sind. Die in den Grundstücken gebundenen und ungenutzten Steuergelder sind das Vermögen der Steuerzahler und sollen deshalb effektiv verwendet werden. Zur Deckung des Bedarfs an Wohnraum für einkommensschwache Haushalte werden wir uns für eine Stärkung des Wohngeldes (Subjektförderung) einsetzen, statt auf die derzeit politisch bevorzugte Objektförderung zu setzen. So wollen wir gewährleisten, dass Menschen, die bedürftig geworden sind, in ihrem bekannten Wohnumfeld wohnen bleiben können, anstatt in teure, steuerfinanzierte Neubauten in einem zumeist unbekanntem Stadtteil umziehen zu müssen.

Zur Entspannung des Mietwohnungsmarktes, aber auch zur Entlastung der Mieter, wollen wir die dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern und Geduldeten in Wohnungen beenden. Insbesondere bei der Abschiebung vollziehbar Ausreisepflichtiger wollen wir Bund und Freistaat mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften unterstützen und so Wohnraummangel und damit verbundene Mietpreissteigerungen bekämpfen.

Um den in Dresden nahezu zum Erliegen gekommenen Wohnungsbau wieder anzukurbeln, bedarf es grundlegender Veränderungen. Nicht alle können kommunalpolitisch gelöst werden, hierzu sind grundsätzliche Änderungen in der Bundes- und Landespolitik notwendig. Einiges jedoch können wir auch in Dresden verändern, dazu benötigen wir allerdings eine völlig neue Denkweise bei den zuständigen Behörden. Angefangen bei der Ausweisung neuer Wohnbauflächen, der Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur, ist vor allem die Geschwindigkeit der Ämter bei Genehmigungsverfahren zu erhöhen.

Die Rahmenbedingungen für Bauwirtschaft müssen deutlich verbessert und bauen günstiger werden. Übertriebene kommunale Restriktionen und Vorgaben bei Neubauten müssen auf

ein sinnvolles Maß reduziert werden. Dresden muss in jedweder Weise für Wohnbauwillige attraktiver werden. Eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit Wohnungsgenossenschaften und anderen Investoren halten wir für verbesserungsfähig.

SPD: Als SPD Dresden wollen wir, dass die kommunale Wohnungsgesellschaft WiD umfangreich unterstützt wird, um die Neubauziele für bezahlbaren Wohnraum zu erreichen. Dafür wollen wir 25 Millionen Euro pro Jahr aus dem städtischen Haushalt als Zuschuss zur Verfügung stellen, um dem bezahlbaren Wohnraum endlich die nötige Priorität zu geben. Darüber hinaus werden wir zinsgünstige kommunale Darlehen für die WiD zur Verfügung stellen, wenn dies notwendig ist. Um ausreichend Grundstücke für den Neubau von bezahlbarem Wohnraum im städtischen Besitz zu haben, muss die Stadt aktiv Bauland auf dem Grundstücksmarkt erwerben. Für den Ankauf werden wir 10 Millionen Euro pro Jahr in den Haushalt einstellen. Aber die WiD wird den Neubaubedarf nicht allein decken können. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass Bebauungsplanverfahren für neue Wohnquartiere schneller durch die Verwaltung bearbeitet und zur Umsetzung gebracht werden. Gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen, wie die WiD oder Genossenschaften sollen bei neuen Quartieren verstärkt zum Zuge kommen. Wir werden die privaten Wohnungsbauunternehmen bei diesen Vorhaben aber auch in die Pflicht nehmen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und werden daher die Sozialbauquote im kooperativen Baulandmodell auf einheitlich 30% erhöhen.

Dissident:innen: Zunächst einmal geht es in der nächsten Wahlperiode darum, dass nicht eine rechte Mehrheit im Stadtrat die erst 2017 gegründete Dresdner Wohnungsbaugesellschaft WiD finanziell austrocknet oder gleich ganz verkauft, wie es die AfD offen fordert. Auch CDU und FDP sind nicht bereit, der WiD die notwendigen Grundstücke und Haushaltsmittel zu geben. Die Stadt hat von der VONOVIA nicht nur 1200 Wohnungen erworben, sondern auch 18 Hektar Bauland, auf dem weitere 1200 Wohnungen errichtet werden können. Dies ist sehr wichtig, weil die Stadt die Wohngebiete selbst entwickeln kann. Aber das Ziel, in der Wahlperiode 2024 bis 2029 anteilig 7500 Sozialwohnungen zu errichten, ist ehrgeizig. Wir Dissident:innen treten daher dafür ein, dass der Anteil mietpreisgebundenen Wohnraums bei Bebauungsplänen ("kommunales Baulandmodell") auf 50% erhöht wird, nachdem Grüne, CDU, SPD und FDP diesen Anteil auf 15% abgesenkt haben. Die Stadt könnte auch ihre Garagengrundstücke mit Wohnungen bebauen, wenn der Stadtrat dies nicht mit den Stimmen von AfD bis zur CDU sowie der Linken abgelehnt hätte. Die Stadt soll kleine Mieter:innen-Genossenschaften oder Mietshäusersyndikate ermöglichen und fördern. Wir wollen soziale Erhaltungssatzungen („Milieuschutz“) gegen die Verdrängung von Mieterinnen und Mietern etwa für Neustadt, Pieschen und Löbtau und ein Verbot der Zweckentfremdung für Touristenunterkünfte. Wir treten zudem für eine Spekulationssteuer für erschlossene Baugrundstücke ein, die aber nicht bebaut werden, die Grundsteuer C. Mit ihren Einnahmen können Mieter:innen und kleine Hauseigentümer:innen durch Absenkung der Grundsteuer B entlastet werden. Zudem wollen wir das Instrument des Baugebots für Bauruinen nach dem Baugesetzbuch nutzen.

FDP: Der einzige effektive Weg, mehr Wohnraum in Dresden zu schaffen, ist Bauen. Wir wollen die Hemmnisse für den Wohnungsneubau soweit wie möglich abbauen. Das betrifft insbesondere die ungeheuer langsamen Planungs- und Genehmigungsverfahren in Dresden.

Dadurch wird der Mietmarkt allgemein entlastet und dank des kooperativen Baulandmodells auch der Bestand an Sozialwohnungen erhöht.

Grüne: Zum einen möchten wir Bündnisgrüne im Stadtrat und seinen Gremien dafür sorgen, dass das kommunale Baulandmodell konsequent angewendet wird, weil es für eine gute soziale Durchmischung der Quartiere sorgt.

Dabei schaffen private Bauherren in ihren Neubauten Sozialwohnungen, auch in guten Lagen. Zum anderen wollen wir, dass mehr kommunale Wohnungen entstehen, indem wir die WiD finanziell besser mit Zuschüssen aus dem städtischen Haushalt ausstatten und dafür sorgen, dass mehr städtische Grundstücke mit Sozialwohnungen bebaut werden können.

3. Etwa 24.000 Dresdner*innen nutzen derzeit den Dresden-Pass. Inhaber*innen des Dresden-Passes können u.a. Fahrkarten zum ermäßigten Preis erwerben. Wird es mit Ihrer Partei weiterhin Fahrkarten zum Sozialtarif bei den Dresdner Verkehrsbetrieben und das ermäßigte Deutschlandticket für Menschen mit geringem Einkommen geben? Werden Sie sich für einen Ausbau des Angebotes für Dresden-Pass-Inhaber*innen einsetzen?

Die Linke: Unbedingt. Der Dresden-Pass ist ein wichtiger Beitrag, um Menschen mit wenig Geld Preisnachlässe zu gewähren. Die Einführung des Sozialtickets mit dem 50%igen Rabatt den die LINKE damals durchgesetzt hat, zeigt sich als äußerst erfolgreich. Die Nutzer*innenzahlen sind sehr hoch. Aber auch die anderen Ermäßigungen im Dresden-Pass für Museumsbesuche, den Zoo, Schwimmbäder oder die Bibliotheken sind sehr wichtig. Weiterentwicklungen des Dresden-Passes haben wir als Linke immer unterstützt bzw. angestoßen, so z.B. die Ausweitung des Sozialtickets auf das Deutschlandticket mit einem 50%igen Rabatt oder der Einführung einer kostenlosen Mietrechtsberatung und werden das auch weiterhin tun.

CDU: Es wird auch weiterhin ermäßigte ÖPNV-Tickets für Bedürftige geben. In welchem Umfang dies der Fall sein wird, entscheidet sich vor allem an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unserer Stadt. Die Möglichkeit, solche Ausgaben tätigen zu können, hängt ja direkt an den Einnahmen, die Dresden erzielen kann. Erst wirtschaftliche Prosperität ermöglicht steigende Zuschüsse im sozialen Sektor. Insofern stehen wir einer weiteren Ausweitung der Leistungen des Dresden-Passes sehr vorsichtig gegenüber.

Volt: Ja. Gleichzeitig möchten wir das Angebot des ÖPNV erweitern und uns für kostenfreie Shuttle-Busse in der Innenstadt für geh-beeinträchtigte Personen einsetzen. (Beispiel Mikro-Bus "Kavalier" in Ljubljana)

Ja. Wir möchten außerdem die Parkraumbewirtschaftung verbessern. Damit dies sozial gerecht von statten geht, sollen Dresden-Pass-Inhaber*innen weiterhin vergünstigt parken dürfen.

PIRATEN: Die PIRATEN Dresden fordern, dass es für alle Tarife der DVB auch Sozialtarife gibt. Auch muss es eine Möglichkeit für Menschen mit negativem SCHUFA-Eintrag oder ohne Girokonto geben, Abo-Monatskarten bzw. ein Deutschlandticket zu erwerben. Langfristig streben wir einen ticketlosen, umlagefinanzierten ÖPNV an (0-Euro-Ticket). Wer beim Fahren ohne Fahrschein erwischt wird, ist durch Freiheitsentzug bedroht. Die PIRATEN Dresden fordern daher, dass die DVB AG auf Strafanträge nach §265a StGB ("Erschleichen von Leistungen") verzichtet.

Wir betrachten den Dresden-Pass als Übergangslösung. Insgesamt fordern wir viele soziale Leistungen und Angebote, die den Dresden Pass obsolet machen sollen: kostenfreie Museumsbesuche sowie Förderung von nicht-kommerziellen Kultur- und Freizeitangeboten, kostenfreier ÖPNV für Nutzende etc. Solang dies jedoch nicht umgesetzt ist, ist ein Ausbau des Angebotes notwendig.

Die PARTEI: Ja.

AfD: Der Dresden-Pass ist eine budgetierte (somit nicht endlos verfügbare) freiwillige kommunale Leistung, ursprünglich gedacht für Dresdner Bürgerinnen und Bürger, welche

einkommensschwach und sozial bedürftig sind. Für diese wollen wir das Angebot erhalten und auch zielgerichtet ausbauen. Den Dresden-Pass als „Willkommensleistung“ für Asylbewerber lehnen wir dagegen ab.

SPD: Wir stehen dafür, dass Mobilitätsangebote in Dresden alltagstauglich und umweltschonend sind. Gleichzeitig muss der Verkehr sozial gerecht und barrierefrei organisiert werden, um allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe am Stadtleben zu ermöglichen. Die Einführung des Deutschlandtickets war dafür ein wichtiger Meilenstein und wir setzen uns auf Bundesebene für seine Fortsetzung ein. Um Menschen ohne oder mit geringem Einkommen die Nutzung dauerhaft zu ermöglichen, wollen wir das Deutschlandticket zum halben Preis für Dresden-Pass-Inhaber unbedingt beibehalten. Außerdem setzen wir uns für niedrige und stabile Preise des Semestertickets für Studierende an den Dresdner Hochschulen ein. Der Dresden-Pass ist insgesamt ein unverzichtbares Instrument, um allen Menschen bezahlbare Mobilität und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Wir werden ihn ausbauen, um noch mehr Menschen mit wenig Geld zu entlasten, indem wir den Berechtigtenkreis erweitern. Wir wollen auch die Angebote für die Inhaber erweitern, beispielsweise für mehr bezahlbare Sportangebote. Zusätzlich wollen wir, wenn möglich mit den Sportvereinen, mehr Möglichkeiten im öffentlichen Raum schaffen. Kostenlose und niedrigschwellige Programme wie „Fit im Park“ werden wir bekannter machen und ausbauen, sodass auch Vereine neue Zielgruppen erreichen können.

Dissident:innen: Wir treten für die Beibehaltung des Sozialtarifs und des ermäßigten Deutschland-Tickets für Dresden-Pass Inhaber:innen ein. Wir fordern von der DVB, Strafanzeigen für „Schwarzfahren“ in Straßenbahn und Bus zu unterlassen; 60 € „Erhöhtes Beförderungsentgelt“ sind Strafe genug!

Die Dissidenten-Fraktion hat im Stadtrat ein Verbot von Energiesperren erreicht. Leider war das der SachsenEnergie mit Rückendeckung des OB egal. Wir halten an diesem Ziel fest. In unserem Wahlprogramm fordern wir, dass Menschen mit einem Grad der Behinderung von 50 und mehr den Dresden-Pass beantragen dürfen.

FDP: Durch den Umbau der Sozialleistungen auf Ebene des Bundes und die Einführung des Deutschlandtickets sehen wir den Dresden-Pass nicht mehr als ein effizientes Mittel, Menschen mit geringem Einkommen in Dresden zu unterstützen. Wir streben daher an, dieses zusätzliche Instrument der Stadt auslaufen zu lassen und stattdessen direkt die Akteure zu unterstützen, die entsprechende Angebote in Dresden zur Verfügung stellen.

Grüne: Wir wollen den Zugang zum Dresden-Pass erleichtern und von bürokratischen Hürden befreien. Seine Angebote wollen wir dauerhaft sichern, einschließlich der Möglichkeit, ein deutlich ermäßigtes Deutschland-Ticket oder andere ermäßigte DVB-Fahrkarten zu erhalten. Auch bei amtlichen Gebühren sollten Pass Inhaber*innen berücksichtigt werden. In Zukunft wollen wir den Dresden-Pass für Familien weiterentwickeln, um eine möglichst umfassende Teilhabe von Familien mit sozialen Herausforderungen zu ermöglichen.

4. Die Aufnahme und Unterbringungen von Geflüchteten ist eine Pflichtaufgabe der Kommune. Für eine erfolgreiche Integration und zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes ist eine angemessene soziale Betreuung von Geflüchteten über einen längeren Zeitraum unabdingbar. Dafür braucht es eine auskömmliche Finanzierung. Wie will Ihre Partei eine bedarfsgerechte Betreuung sicherstellen? Welchen Betreuungsschlüssel sehen Sie als bedarfsgerecht an?

Die Linke: Wir halten die Migrationsarbeit für sehr wichtig, um Geflüchteten ein gutes Ankommen zu ermöglichen. Auch für die Stadtgesellschaft stellt die Migrationssozialarbeit eine Brücke dar. Daher ist eine solide Finanzierung der Migrationssozialarbeit unerlässlich. Wir werden dem Druck von Rechten an dieser Stelle genauso wenig weichen, wie bei Forderungen nach Sozialkürzungen an anderen Stellen. Es braucht gute soziale Arbeit im Stadtteil mit Geflüchteten. Ein Betreuungsschlüssel von 1:80 haben wir im Stadtrat beschlossen. Wünschenswert wäre für uns eine Absenkung des Schlüssels auf 1:50. Dafür gibt es jedoch absehbar keine politische Mehrheit im Stadtrat. Wir werden in den Haushaltsverhandlungen immer für eine auskömmliche Finanzierung kämpfen.

CDU: Für eine erfolgreiche Integration von Zuwanderern ist es zuallererst ganz wichtig, die Zuwanderung deutlich zu begrenzen. Unsere Stadt ist jetzt schon über einen längeren Zeitraum an den Grenzen der Leistungsfähigkeit angekommen. Sowohl finanziell, als auch personell und auch strukturell. Ohne eine deutliche Reduzierung der zu integrierenden Personen, werden alle Integrationsanstrengungen zum Scheitern verurteilt sein. In den letzten Jahren hat die Stadt große finanzielle Ressourcen allein für die Unterbringung dieser Menschen mobilisieren müssen. Es wäre unehrlich zu sagen, dass Dresden Mittel in der gleichen Größenordnung für Integrationsarbeit zur Verfügung stellen kann.

Volt:

- Wir setzen uns dafür ein, **langfristige, kostengünstige Strukturen zur Unterbringung von Geflüchteten** aufzubauen. Auf höherer Ebene wollen wir eine Arbeitserlaubnis frühzeitig erteilen, damit sich Geflüchtete und andere migrantische Personen auch besser selbst finanzieren können.
- Dezentrale Unterbringung ist uns besonders wichtig, um Teilhabechancen zu erhöhen, beidseitige Integration zu verbessern und Kosten zu reduzieren. Somit können wir auch die Unterbringung und Betreuung gefährdeter Personengruppen verbessern und möchten ihnen auch geschulte Ansprechpersonen zur Verfügung stellen.
- Für die **Soziale Arbeit** mit geflüchteten Erwachsenen soll ein **Personalschlüssel von 1:50**, in der Unterstützung besonders schutzbedürftiger Personen von **1:20** sowie in der **Begleitung von Kindern von 1:10** als Mindeststandard gelten. Quelle: <https://www.fluechtlingssozialarbeit.de/>
- Uns ist die **Initiative "Sicherer Hafen"** ein besonderes Anliegen. Wir bedauern die Entscheidung der Stadt, dieses Bekenntnis zu mehr Menschlichkeit rückgängig gemacht zu haben. Wenn wir die Möglichkeit sehen, wollen wir dies im Stadtrat wieder zurück auf die Tagesordnung bringen. Ein **Best Practice** aus Brüssel ist der sogenannte **"Welcome Desk"**: Der Welcome Desk ist in Brüssel seit 25 Jahren ein Angebot für EU-Bürger*innen und Unternehmen, die neu in Belgien bzw. Brüssel sind, um einen leichteren Einstieg zu schaffen. Das Angebot umfasst die Bereiche Arbeit, Bildung, Versicherung, Wohnen, Transport, Steuern, Soziale Sicherheit und Leben, Informationen zu den Behördenverfahren sowie praktisches Wissen für das alltägliche Leben.

PIRATEN: Wir begreifen Migration als Chance für den Menschen und für unsere Gesellschaft. Damit Migration gelingen kann, sind vor allem Anstrengungen aus der Politik, notwendig. Hier sehen wir vor allem die Kommunen als zentrale Akteure in der Verantwortung, die Aufgaben der Integration zu übernehmen. Die PIRATEN Dresden fordern, Geflüchtete vor Ort durch entsprechende Maßnahmen verstärkt zu unterstützen, damit sie ihre Potentiale und Fähigkeiten entfalten können. Hierzu zählen für uns eine dezentrale Unterbringung, gesicherte Gesundheitsversorgung, existenzsichernde Mittelversorgung, Schul- und Kitabetreuung ab Ankunftstag, kulturelle Teilhabe und barrierefreie Beratung. Hierzu ist ein dauerhaft finanziertes "Kommunales Integrationszentrum" notwendig, in dem wichtige Schlüsselstellen und Kompetenzen (Beratung und Hilfestellungen, Sprachkurse, soziale Träger, Vereine, Anlaufpunkte für Ehrenamt) gefördert und dauerhaft finanziell abgesichert werden, damit Migrant:innen mit diesen zusammenarbeiten können. Damit die Stadt Dresden sowie jede andere Kommune diese Aufgaben entsprechend erfüllen kann, ist die Unterstützung seitens Bund und Land notwendig. Durch all diese Maßnahmen soll verhindert werden, dass Geflüchtete in soziale oder gesellschaftliche Schieflagen geraten. Die Würde jedes Menschen ist unantastbar, nicht nur jene von Menschen mit europäischem Pass.

Die PARTEI: Der beste Weg Geflüchtete zu integrieren ist, sie wie ganz normale Menschen zu behandeln, also schlicht die üblichen Bürgerrechte zu geben. Wohnen, arbeiten, Konto eröffnen etc. Aber das liegt natürlich außerhalb der kommunalpolitischen Zuständigkeit und wir brauchen viel Personal, um der unmenschlichen Behandlung ein menschliches Antlitz zu verleihen. (Größter Respekt, vor denen die das tun.) Zum Glück stehen durch den Einsatz von ChatGPT sehr, sehr viele Rathausmitarbeiter für andere Aufgaben zu Verfügung. Grob überschlagen ist dadurch, nach Resozialisierung, Reintegration und Qualifizierung der Verwalter eine 1:3 Betreuung möglich, ohne weitere Finanzierung.

AfD: Seit 2015 ist Dresden einer massiven Zuwanderung ausgesetzt, die das Leben in der Stadt mittlerweile deutlich mitprägt. Neben Tausenden „Asylbewerbern“ aus der ganzen Welt, welche in den letzten Jahren ohne Rücksicht auf Machbarkeit und Verträglichkeit in Dresden untergebracht worden sind, hat die Landeshauptstadt etwa zehntausend Menschen aus der Ukraine aufgenommen. Die Landeshauptstadt Dresden muss endlich mit Nachdruck gegenüber den Entscheidungsträgern der übergeordneten Ebene im Bund und Freistaat verdeutlichen, dass die Belastungsgrenze längst überschritten ist. Die AfD fordert daher einen Aufnahmestopp für Dresden. Zugleich fordern wir eine auskömmliche Finanzierung für die den Kommunen auferlegten Unterbringungs- und Betreuungskosten. Die Dresdner Bürger dürfen nicht mit den Kosten einer verfehlten Asyl- und Zuwanderungspolitik belastet werden.

SPD: Dresden ist eine Zuwanderungsstadt und muss es auch sein. Ohne Zuwanderung werden wir unsere Gesellschaft, aber auch unsere Wirtschaft und damit Arbeitsplätze nicht erhalten können. Mit aller Kraft müssen Angebote und Hilfen der Integration im Vordergrund stehen, wenn Menschen längere Zeit oder dauerhaft bei uns bleiben. Auch wenn die politische Rechte das Gegenteil behauptet- Dresden wird weiter sicherer Hafen für Geflüchtete sein. Dresden braucht auch Arbeitskräfte. So ist Migration eine Chance für alle. Sprachkenntnisse, Kenntnisse über das Leben in unserer Gesellschaft und berufliche Integration müssen im Vordergrund stehen. Das werden wir anbieten und erwarten, dass es angenommen wird. Damit geben wir Geflüchteten eine Perspektive, unterstützen unsere Wirtschaft und erhalten Dresden als eine lebenswerte und vielfältige Stadt. Wir werden die Unterbringung ankommender Geflüchteter menschenwürdig organisieren. Das bedeutet den

klaren Vorrang dezentraler Unterbringung in Wohnungen ohne Belegung von Durchgangszimmern, die Rückkehr zu einer Obergrenze von 65 Plätzen bei Wohnheimen, die Ermöglichung von Selbstversorgung, das Anbieten von Tagesstrukturierung durch Beschäftigungsmöglichkeiten und Freizeitangebote sowie die Einbindung von ehrenamtlichen Initiativen. Zudem werden wir die Unterbringungseinrichtungen ausgeglichener über die Stadt verteilen, um die Konzentration auf einzelne Stadtteile zu beenden. Für eine gelingende Integration werden wir die soziale Betreuung Geflüchteter ausbauen und den Betreuungsschlüssel auf dem guten Dresdner Niveau halten. Die dafür nötigen Finanzmittel werden wir in den Haushalt einstellen. Vom Freistaat Sachsen fordern wir, dass die zusätzlichen Mittel, welche von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt wurden, endlich an die Kommunen und damit auch an die Stadt Dresden weitergegeben werden.

Dissident:innen: Eine gute Unterbringung und soziale Betreuung Geflüchteter ist wesentlich für die Integration. Wir halten einen Betreuungsschlüssel von 1 zu 50 für erforderlich. Zudem setzen wir uns für Bargeld statt Bezahlkarten sowie für einen Krankenkassenzugang für alle Geflüchteten von Anfang an ein. Die Aufhebung des Beschlusses zu Dresden als "Sicherem Hafen" wollen wir rückgängig machen. Dresden soll Partnerstadt des neuen Schiffs für „Mission Lifeline“ werden.

FDP: Dresden liegt bei der Erfüllung seiner Betreuungsaufgaben bereits jetzt über dem gesetzlich vorgeschriebenen Maß. Dieses Niveau wollen wir halten. Einen generell gültigen Betreuungsschlüssel sollte nicht einseitig vom Stadtrat festgelegt, sondern in Zusammenarbeit mit den Trägern erarbeitet werden.

Grüne: Die kommunale Migrationssozialarbeit wollen wir mehrjährig fördern und den Trägern langfristige Planungssicherheit geben. Im Stadtrat wollen wir weiterhin einen Betreuungsschlüssel von 1 zu 80 sicherstellen, auch wenn der Freistaat nur 1 zu 150 finanziert. Projekte, die Geflüchtete bei der Integration in den Arbeitsmarkt unterstützen, leisten eine wertvolle Arbeit. Deren Erhalt und weiteren Ausbau wollen wir auch städtisch fördern. Ebenso ist die Koordinierung von ehrenamtlicher Arbeit in der Flüchtlingshilfe ist eine dauerhafte Aufgabe und muss entsprechend finanziert werden.

5. Die Stadt Dresden finanziert oder beteiligt sich an der Finanzierung von stadtweiten Unterstützungsangeboten für Menschen mit geringem Einkommen. Dazu gehören u.a. Ausgabestellen für Lebensmittel, Sozialkaufhäuser, Schuldnerberatungsstellen sowie Beratungs- und Kontaktstellen für Menschen ohne Erwerbstätigkeit.

Werden Sie das Netz dieser sozialen Leistungen weiter im bisherigen Umfang fördern? Haben Sie konkrete Pläne zur Erweiterung des Angebots?

Die Linke:

Wir werden uns mit aller Stärke dafür einsetzen, dass das Netz an sozialen Leistungen mindestens erhalten bleibt. Doch da Problemlagen sich verändern, reicht in unseren Augen der Erhalt allein nicht aus. Es braucht z.B. mehr Angebote im Bereich der psychischen Betreuung von Kindern und Jugendlichen ebenso wie von Erwachsenen. Hier sehen wir einen stark wachsenden Bedarf bei den Menschen, der von dem bestehenden Angebot nicht gedeckt wird. Auch Angebote für Alleinerziehende wollen wir ausweiten, um der hohen Zahl dieser Familien gerecht zu werden – immerhin ein Viertel aller Familien in Dresden leben als Ein-Elternfamilien. Hier gab es bereits deutliche Zuwächse in den sozialen Dienstleistungen speziell für diese Zielgruppe, doch halten wir einen weiteren Ausbau für geboten. Und schließlich sehen wir die Notwendigkeit im Bereich des Gewaltschutzes und der Gewaltprävention die Strukturen zu erweitern und auch zu modernisieren. Wir brauchen mehr Anlaufstellen für Betroffene von häuslicher Gewalt und mehr Präventionsarbeit mit den Täter*innen. Zudem nimmt das Thema digitale Gewalt deutlich größere Dimensionen an, als das bestehende Netz auffangen kann. Auch hierfür braucht es eine angemessene Erweiterung der Angebote.

CDU: Viele dieser Angebote sind unglaublich wichtig. Aber auch hier gilt, dass das, was ausgegeben werden soll, erst eingenommen werden muss. Daher liegt unser Fokus darauf, die Angebote möglichst in ganzen Breite zu erhalten. Insbesondere, wenn sie den Menschen helfen, zukünftig auf eigenen Beinen zu stehen.

Volt: Ja.

Nein, wir haben keine konkreten Pläne. Hierzu möchten wir uns gern von Expert*innen wie Ihrem Netzwerk beraten lassen, um konkrete Angebote zu erweitern, die effektiv sind oder neue anzubieten, um den Menschen bestmöglich zu helfen. Vielleicht an dieser Stelle interessant ist der **City Bonus**, den wir als unbürokratische, regelmäßige Zahlungen an alle Bürger*innen ausgeben möchten, um klima- und stadtfreundliche Alltagsentscheidungen zu begünstigen (vergleichbar wie der regionale Klimabonus in Österreich).

Im selben Finanzrahmen sollen Abgaben für umwelt- und stadtbelastende Tätigkeiten erhöht werden, die dann aber diejenigen vermehrt tragen müssen, die die Abgaben verursachen. Unterm Strich haben also Menschen, die sich bewusst umwelt- und stadtfreundlich verhalten, mehr Geld auf dem Konto.

PIRATEN: Das Netz muss mindestens im bisherigen Umfang gefördert werden. Es ist allerdings eine Schande, dass sowohl Bund, Land als auch Kommune Menschen finanziell benachteiligt lassen. Wir PIRATEN setzen uns seit jeher für die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens ein. Unser Traum: Dresden als Modell-Region für ein BGE. Ein BGE beendet nicht nur finanzielle Existenzbedrohung, sondern soll auch Armut verhindern (d.h. in der Höhe oberhalb der Armutsgrenzen angesiedelt sein).

Ein weiterer wichtiger Punkt in dieser Hinsicht ist für die Planungssicherheit für die soziale Kinder- und Jugendarbeit. Die PIRATEN Dresden setzen sich für mehrjährige bzw. dauerhafte Förderung von Einrichtungen sozialer Arbeit ein, um deren Arbeit auszubauen und zu verstetigen und ihnen mehr Planungssicherheit zu verschaffen. Wir sehen hier das Problem, dass viele dieser Initiativen von Jahr zu Jahr um ihre Existenz bangen müssen und deswegen auch nicht wissen, ob sie Betroffene langfristig betreuen können. Das muss sich ändern, denn gerade diese vulnerablen Gruppen - oftmals auch solche, die sonst kein stabiles familiäres und soziales Umfeld haben - sind auf diese Initiativen für ihre Betreuung und ihren Schutz angewiesen.

Während vieler der in der Frage genannten Dinge existenziell wichtig sind, wird beim Lösungen finden für Menschen mit geringem Einkommen immer ein wichtiger Aspekt vernachlässigt: Kulturelle Angebote. Wer ein Dach über dem Kopf, fließend Wasser, Strom und etwas zu Essen im Kühlschrank hat, kann war überleben, aber nicht menschenwürdig leben. Deswegen müssen auch kulturelle Angebote niedrigschwellig gehalten werden, sodass auch Menschen mit geringem Einkommen daran teilnehmen können, ohne, um dabei um ihre Finanzen fürchten zu müssten.

Straßenkunst ist dabei so ein niedrigschwelliges Angebot, an dem alle auch teilhaben können. Daher ist es auch notwendig, Straßenkunst nach einfachen und transparenten Regeln im gesamten Stadtgebiet zu ermöglichen. Darüber hinaus setzen sich die PIRATEN Dresden dafür ein, dass nicht-kommerzielle Freitanz-Veranstaltungen nach Vorbild des Bremer Modelles legalisiert werden, damit Veranstaltungen ohne Eintritt und mit wenig Bürokratie möglich werden.

Des Weiteren sollen die kulturellen Einrichtungen insbesondere für Jugendliche, ob nun privater oder öffentlicher Natur, weiter gefördert werden. Ein erster Schritt in diese Richtung ist der für Kinder und Jugendliche kostenlose Eintritt in alle Museen der Stadt, zumindest an einem Tag in der Woche.

Ziel ist es, die Sportinfrastruktur in gutem Zustand zu erhalten und zu ergänzen. Wir verstehen aber unter Sportinfrastruktur nicht nur die auf den Vereinssport abzielenden Stadien und Hallen, sondern auch Halfpipes, Skatebahnen, Joggingpfade, Bike-Trails, öffentliche Schachbretter, Basketballkörbe und Bolzplätze.

Gerade diese niederschweligen, öffentlichen und auf private Eigenvernetzung abzielenden Sportarten sind zu fördern. Was in Dresden einer wirklich substantiellen Verbesserung bedarf, ist das Angebot bei der Suchtprävention und der Suchtberatung. Auch brauchen wir endlich legale, niederschwellige und anonyme Testmöglichkeiten für Substanzen.

Die Teillegalisierung von Cannabis war ein erster Schritt hin zu einer liberaleren Drogenpolitik. Doch die Kriminalisierung und Bestrafung hat in Deutschland und damit auch Dresden immer noch Vorrang. Statt Verboten und Freiheitsentzug fordern wir niedrigschwellige Aufklärung und Unterstützung vor Ort, sodass Menschen geholfen wird, anstatt sie einzusperren.

Die PARTEI: Ja, die Unterstützung ist bitter nötig. Wenngleich klar sein sollte, dass all diese Angebote der Symptombehandlung einer kranken Gesellschaft dienen, nichts lösen und es gilt, die Ursachen (z.B. Kapitalismus) zu bekämpfen.

AfD: Soziale Gerechtigkeit ist ein integraler Bestandteil der AfD-Politik, muss aber immer auch zur Eigenverantwortung anregen. In Bereichen, wo soziale Leistungen notwendig und sinnvoll sind, werden wir diese auch zukünftig finanziell absichern. In erster Linie werden wir

jedoch erst einmal die Steuer- und Abgabenlast reduzieren. Damit wird sich die Zahl derer, die derzeit noch auf Sozialleistungen angewiesen sind, reduzieren.

SPD: Als SPD haben wir die bedarfsgerechte Versorgung der Dresdnerinnen und Dresdner ohne und mit geringem Einkommen mit Unterstützungsangeboten in allen Stadtteilen zum Ziel. Das bisherige Netz an stadtweiten Angeboten werden wir mindestens auf dem bisherigen Niveau fördern. Zusätzlich werden wir die sozialen Angebote unserer Stadt stärker an den Bedürfnissen in den Stadtteilen orientieren. Statt einer Differenzierung nach Zielgruppen (bspw. Erwerbslose, Senior:innen, Wohnungslose) schaffen wir durch eine sozialräumliche Sozialplanung in unmittelbarer Nachbarschaft der Menschen die Angebote, die im jeweiligen Stadtteil gebraucht werden. Das schafft kürzere Wege für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch Synergien für die Träger. Und es ermöglicht zusätzliche Begegnungsräume im Stadtteil. Die einzelnen sozialpolitischen Fachplanungen der Stadt werden wir dafür konzeptionell zusammenfügen.

Dissident:innen: Wir wollen "Gemeinschaftshäuser" in jedem Stadtteil entwickeln. In unserem Wahlprogramm heißt es dazu:
"Hier sollen soziale und gesundheitliche Beratungs- und Unterstützungsangebote barrierefrei für alle zugänglich sein. Gemeinschaftshäuser sollen mit Kitas, Schulen oder Vereinen zusammenarbeiten. Als Zentren kultureller Bildung und Bürgerbeteiligung sollen sie ein vielfältiges Gemeinschaftsleben fördern. Die fachübergreifende Arbeit soll durch qualifiziertes Personal getragen und von ehrenamtlichen Mitarbeiter:innen unterstützt werden. Die Verantwortlichen sollen dem jeweiligen Stadtbezirksbeirat über ihre Arbeit berichten und von diesen gefördert werden, um den sozialräumlichen Bezug und die demokratische Verantwortung im Stadtbezirk zu stärken. Sie sollen vorrangig in Stadtteilen mit hohem Unterstützungsbedarf entstehen."

FDP: Diese Angebote leisten wichtige Dienste für Dresdnerinnen und Dresdner mit geringem Einkommen. Wir wollen diese Angebote wie bisher weiter fördern. Modelle zur Weiterentwicklung der Angebote sollten nicht von Seiten der Stadtverwaltung und der Stadtrat, sondern von den jeweiligen Trägern und Akteuren kommen. Grundsätzlich stehen wir hier neuen Ideen offen gegenüber, hören uns gern die Anliegen der Träger an und unterstützen diese politisch gemäß den Erfordernissen des jeweiligen Falles.

Grüne: Wir stehen klar an der Seite von Menschen, die von Armut bedroht sind und fördern die vielfältigen Unterstützungs- und Beratungsangebote. Dem Ausbau der Schuldner*innen-Beratungsstellen kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu, um Armut strukturell und gezielt zu bekämpfen. Vor Ort in den Kultur- und Nachbarschaftszentren wollen wir außerdem neue Aspekte wie Food-Sharing und Tauschbörsen mit Zero-Waste-Ansatz aufnehmen. Das Modell „Housing First“ wollen wir flächendeckend in Dresden zur Anwendung bringen, um die Situation Menschen ohne Wohnung zu konkret zu verbessern.